

Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **34 (1959)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

rundschau

Förderung des Wohnungsbaues

In Schaffhausen:

Im Jahre 1958 sind in der Stadt Schaffhausen 190 neue Wohnungen gebaut worden gegenüber 280 im Vorjahre. Der effektive Zuwachs beträgt jedoch nur 150, da Wohnungen durch Abbruch oder Verwendung für andere Zwecke verloren gingen. Der gesamte Wohnungsbestand beläuft sich gegenwärtig auf 9128. Am Jahresende betrug das Wohnungsangebot 35 Wohnungen, die Zahl der Wohnungssuchenden 246. In der Volksabstimmung vom 1. Februar wurde ein Kredit von 1,5 Millionen Franken zur Förderung des Wohnungsbaues genehmigt.

In Aargau:

Die Stimmberechtigten des Kantons Aargau nahmen die Vorlage über Maßnahmen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues mit 47 840 Ja gegen 27 327 Nein an.

Im Kanton Solothurn:

In der kantonalen Volksabstimmung ist das Gesetz über die Anpassung der Subventionierung des sozialen Wohnungsbaues an die gesetzlichen Bestimmungen des Bundes mit 20 771 Ja gegen 12 256 Nein angenommen worden.

Für den Bau kommunaler Wohnungen

In Winterthur reichte die sozialdemokratische Fraktion im Gemeinderat folgende Motion ein:

Ende September 1958 waren in Winterthur 21 Notwohnungen und die 8 zu dauernden Einrichtungen erklärten Barackenwohnungen am Pappelweg besetzt. Gleichzeitig lagen Anmeldungen vor von 16 Familien mit zusammen 68 Personen, welche per 1. Oktober 1958 vergeblich eine für ihre Verhältnisse passende Wohnung suchten. Es ist kaum anzunehmen, daß in den nächsten Jahren die Zahl der Notwohnungen abnehmen wird.

Die Baracken- und die Notwohnungen sind provisorisch und primitiv eingerichtet. Einige sind sogar als ungesund zu bezeichnen. Sie bilden nicht den Rahmen für eine gesunde und gedeihliche Haus- und Familiengemeinschaft.

Wir betrachten daher den Augenblick für gekommen, diese Wohnungen zu liquidieren und durch den Bau kommunaler Wohnungen zu ersetzen.

Der Stadtrat wird daher beauftragt, dem Großen Gemeinderat

1. einen Bericht über die Lage, den baulichen Zustand und die Besetzung der in Rede stehenden Wohnungen;

2. einen Antrag über den Bau ein-

facher, gesunder kommunaler Wohnungen, verteilt auf verschiedene Stadtkreise;

3. Vorschläge über den Ausbau der Familienfürsorge zu unterbreiten.

Der Wohnungsbau in Bern

Im vergangenen Jahr sind in der Bundesstadt 734 Wohnungen neu erstellt worden, während 298 verloren gingen, so daß sich ein Reinzuwachs von 436 Wohnungen ergibt. Gegenüber dem Vorjahr, in dem 1499 Wohnungen zu- und 262 abgingen, ist der Reinzuwachs um 65 Prozent gesunken. Von den 734 im Berichtsjahr erstellten Wohnungen zählten 132 ein, 152 zwei, 275 drei, 129 vier, 31 fünf und 15 sechs oder mehr Zimmer.

In den fünf Vororten der Bundesstadt sank die Bautätigkeit im Jahre 1958 um 4 Prozent auf 551 Wohnungen. Da der Abgang hier 27 Wohnungen umfaßte, betrug der Reinzuwachs 524 Wohnungen gegenüber 546 im Vorjahr, und zwar in Bolligen 195, Bremgarten 25, Köniz 202, Muri 77 und Zollikofen 25 Wohnungen.

Bedauerliche Ergebnisse der Statistik

Die Europäische Wirtschaftskommission gibt für das Jahr 1957 folgende Zahlen über die Erstellung neuer Wohnungen nach Bauherren:

Land	Staat, Gemeinden, andere öffentliche Körperschaften	Baugesellschaften, Baugesellschaften	Private
	Prozente der neuerstellten Wohnungen		
Belgien	0,1	16,2	83,7
Dänemark (1956)	7,8	48,7	43,5
Finnland	8,7	56,0	35,3
Frankreich	38,8	—	61,2
Großbritannien	55,1	3,0	41,9
Italien	19,2	—	80,8
Niederlande	27,3	25,5	47,2
Norwegen (1956)	3,9	26,7	69,4
Schweden (1956)	30,3	25,2	44,5
Westdeutschland	2,5	30,9	66,6
Schweiz	2,1	9,7	88,2

Für eine aktive Bodenpolitik

In Horgen wurde eine freisinnige Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, seine bisherigen Bestrebungen im Sinne einer aktiven Landpolitik fortzusetzen. Es sollen damit folgende Ziele erreicht werden: a) Versorgung der Gemeinde mit ausreichenden Landreserven; b) Sicherung des Landes für öffentliche Bedürfnisse; c) Abgabe von Bauland zur Ansiedlung neuer Industriebetriebe.

2. Der Gemeinderat wird eingeladen, die in der Gemeindeordnung festgelegten Kompetenzen für Ankauf, Verkauf und Tausch von Grundeigentum zu überprüfen und gegebenenfalls den Stimmberechtigten eine Vorlage zu unterbreiten.

Hauseigentümer und Preiskontrolle

Der Schweizerische Hauseigentümerverband teilt mit: Eine außerordentliche Delegiertenversammlung des Schweizerischen Hauseigentümerverbandes wendet sich nach Prüfung des bundesrätlichen Fragebogens mit allem Nachdruck gegen eine Verlängerung der Mietzinskontrolle über das Jahr 1960 hinaus. Die Erfahrungen mit der bereits zweimal verlängerten Preiskontrolle sowie ausländische Beispiele zeigen, daß sich der Wohnungsmarkt nur mit der Wiederherstellung marktmäßiger Mieten, aber nicht mit staatlichen Zwangsmitteln normalisieren läßt. Trotz der maximalen Bautätigkeit der letzten Jahre, die weit mehr neue Wohnungen auf den Markt brachte, als dies der Bevölkerungsvermehrung entspricht, konnte die Wohnungsknappheit bis heute nicht überwunden werden. Die staatliche Wohnungspolitik hat versagt. Ihre Weiterführung brächte lediglich eine Verlängerung der Wohnungsnot. Der Schweizerische Hauseigentümerverband fordert deshalb eine energische und zielbewußte Lockerung der Mietzinskontrolle und ihre Aufhebung auf Ende 1960.

Schweizer Reisekasse baut

Die Verwaltung beschloß, gestützt auf die erfreulichen Ergebnisse der letzten Jahre, die Aktionen zur Förderung von Familienferien für Minderbemittelte weiterzuführen und auszubauen. Ferner wurde der Werausbau des Feriendorfes in Albonago am Monte Bré, ob Lugano, beschlossen.

Staatlicher Wohnungsbau in den Vereinigten Staaten?

Die Demokraten haben im Senat eine Kampagne zur Finanzierung des Wohnungsbaues aus öffentlichen Mitteln eröffnet. Die Senatoren Clark und Kennedy brachten einen Vorschlag zur Ermächtigung der Erstellung von 200 000 neuen Wohnungseinheiten ein. Der Vorschlag dürfte auf den Widerstand der Administration stoßen, die aus Ersparnisgründen weitaus bescheidenere Hilfsmaßnahmen für die Förderung der Bautätigkeit, und überhaupt keine Gewährung von öffentlichen Mitteln für die Finanzierung des Wohnungsbaues in Vorschlag bringt.
n. v. m.